

**Berthold Keunecke, Vorsitzender
Internationaler Versöhnungsbund, Deutsche
Sektion und Co-Sprecher der Kampagne
„MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“**

**Rede vor dem Reichstagsgebäude in Berlin
18. März 2018**

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

es ist gut, dass ihr hier seid, dass Sie hier sind – unser Protest wird gebraucht. Die Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehr-Mandates zur "Bekämpfung des IS- Terrors" – wir sagen ja immer noch "Syrien- Mandat" dazu – wird knapper ausfallen als bisher. Denn die Große Koalition ist nicht mehr so groß, und sämtliche Oppositionsparteien haben angekündigt, dagegen zu stimmen. Das verstärkt den Druck auf die einzelnen Parlamentsangehörigen in den Regierungsparteien.

Dagegen wollen wir sie daran erinnern: Hier geht es um eine Gewissensentscheidung. Jede und jeder Bundestagsabgeordnete muss sich mit seinem Gewissen dafür verantworten, Streitkräfte in andere Länder zu schicken – Krieg zu führen und zum Krieg auszubilden.

Es geht in dieser Woche nicht einfach um die Weiterführung des bisherigen Mandates – es geht um einen neuen Auftrag. In Syrien sollen zwar die gleichen Mittel weiter eingesetzt werden, Tornados, Luftbetankung, AWACS – aber die Begründung dafür

ist jetzt weg. Da der sogenannte IS keine Gebiete mehr beherrscht, kann er auch nicht daraus vertrieben werden. Die vorher schon brüchige völkerrechtliche Begründung des Krieges ist jetzt völlig weggebrochen. Syrien ist ein souveräner Staat, kein NATO- Flugzeug und kein NATO- Panzer hat das Recht, seine Grenzen zu verletzen. Dass die Bundesregierung trotzdem mitmacht, und daneben den Krieg der Türkei gegen die Kurden in Afrin heimlich unterstützt, z.B. mit Rüstungsexporten, ist ein Skandal: ein Völkerrechtsbruch.

Die Bundesregierung führt zur Begründung des Bundeswehrmandates Resolutionen des UN- Sicherheitsrates an, die immer wieder die Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen dort betonen, allerdings den Zustrom von Waffen und Munition skandalisieren – hätten sich die westlichen Staaten daran gehalten, wäre der Krieg dort weit weniger blutig geworden.

Das gilt für Syrien. Für den Irak steht völkerrechtlich eine Einladung der Regierung im Raum. Aber das Parlament Iraks hat schon einen Zeitplan zum Abzug ausländischer Truppen gefordert. Wie lange soll die Bundeswehr da bleiben? So lange wie in Afghanistan, quasi endlos? Ich befürchte, der Irak könnte schlimmer werden als Afghanistan. Der Seitenwechsel der Bundesregierung im irakischen Bürgerkrieg von den Peschmerga zu den Regierungstruppen ist kein gutes Omen. In dem kriegsgeschüttelten Land gibt es genügend Unzufriedenheit und genügend Konflikte –

und Bewaffnete geben ein heroischeres Anschlagziel ab als Zivilstinnen und Zivilisten.

Warum werden dort im Irak zur Minenentschärfung nicht zivile Kräfte eingesetzt – so wie in Deutschland beim Kampfmittelräumdienst auch? Warum muss es ein Militärkrankenhaus sein, wenn es auch zivile Ärztinnen und Ärzte gibt? Warum Militär? Warum Krieg? Warum Völkerrechtsbruch? Dieses Mandat ist ein Zeichen der Militarisierung des Denkens, dem wir uns entgegenstellen müssen!

Wir brauchen Verständnis für die Situation vor Ort – wir brauchen Friedensfachkräfte, die vor Ort Konflikte bearbeiten und die Regierung beraten können – wir brauchen ein Umdenken! In der SPD wird so viel von Erneuerung gesprochen – hier aber wird altes militaristisches Denken verstetigt. Mit den knapp 70 Millionen Euro für den Bundeswehreinsatz könnte man viel für Frieden und Entwicklung tun in Irak und im Wiederaufbau von Syrien – die Umstellung der Außenpolitik auf zivil ist die Erneuerung, die dran ist! Das fordern wir hier ein. Und wenn wir nicht gehört werden, wenn zu viele Abgeordneten nicht auf ihr Gewissen hören – wir sind heute auch hier, um späteren Geschichtsschreibern zu zeigen: Es war nicht unumstritten! Gut, dass ihr hier seid.

Danke.